



Bergung von Anschlagsoffern nahe Gaza (am 13. Januar)



Abbas

PALÄSTINA

Erste Prüfung

Bereits wenige Tage nach seinem Wahlsieg sieht sich der neue Palästinenserchef Mahmud Abbas, 69, zur Machtprobe mit den radikalen Milizen herausgefordert. Der Anschlag auf einen Kontrollpunkt am Übergang zum Gaza-Streifen, bei dem am Donnerstag vergangener Woche sechs Israelis und drei palästinensische Attentäter getötet wurden, weckt schwere Zweifel daran, ob der neue Präsident die bewaffnete Intifada wie versprochen tatsächlich beenden kann. Israels Regierungschef Ariel Scharon fror die Kontakte zu den Palästinensern vorläufig ein. Abbas hatte sich bisher dagegen ausgesprochen, Polizeigewalt gegen die Guerillagruppen einzusetzen; er will ein Ende des Kampfs im Dialog mit den Radikalen erreichen. Die-

se Strategie scheint nun zum Scheitern verurteilt. Erfahrene Unterhändler wie der Abgeordnete Ziad Abu Amr aus Gaza halten einen Waffenstillstand dennoch weiter für möglich. Seine Erklärung: Hamas und die Fatah-nahen Al-Aksa-Brigaden wollten durch den Beweis ihrer Schlagkraft vor Beginn der Gespräche mit Abbas nun ihre „Verhandlungsposition verbessern“. Gleichzeitig gehe es bei dem Anschlag um den Abzug der Israelis aus dem Gaza-Streifen: Die kämpfenden Fraktionen wollten beweisen, dass Israel nicht freiwillig geht, sondern vertrieben werden müsse: „Sie wollen den Sieg für sich beanspruchen.“ Tatsächlich erklärten Sprecher der islamistischen Hamas bereits, der Widerstand gehe so lange weiter, wie die israelische Besatzung währe. Abbas komme nicht darum herum, notfalls gewaltsam gegen die Milizen einzuschreiten, glaubt der palästinensische Menschenrechtsaktivist Bassem Eid: „Er muss Recht und Gesetz durchsetzen. Dazu gehört auch die Entwaffnung von Hamas und den Aksa-Brigaden.“

MONTENEGRO

Verdächtiger Premier

Nach fast zehn Jahren staatsanwaltlicher Ermittlungen droht dem montenegrinischen Ministerpräsidenten Milo Djukanović jetzt in Italien ein Strafverfahren. Das Oberste Kassationsgericht in Rom veröffentlichte einen Entscheid, nach dem der 42-jährige Regierungschef keine internationale Immunität genießt – Montenegro, so lautet die Begründung, sei als Teil des Verbunds mit Serbien kein souveräner Staat. Staatsanwälte in Bari und Neapel ermitteln gegen den Politiker wegen möglicher Mafiaverbindungen und Geldwäsche; er soll in Zigarettenschmuggel ver-

wickelt sein. Ankläger Giuseppe Scelsi ist überzeugt, dass zwischen 1996 und 2000 monatlich über Montenegro rund tausend Tonnen Zigaretten nach Italien geschmuggelt wurden und dem EU-Budget dadurch ein Schaden von mehreren Milliarden Euro entstanden ist. Djukanović streitet die nach damaligem jugoslawischem Gesetz legalen Geschäfte nicht ab: Nur so habe seine Republik während der gegen Jugoslawien verhängten Sanktionen überleben können. Oppositionspolitiker behaupten indes, dass nicht der montenegrinische Haushalt, sondern Djukanovićs Privatkonten vom Zigarettentransit profitiert hätten und zahlreiche Geschäftspartner oder Mitwisser mittlerweile eines unnatürlichen Todes gestor-



Djukanović

STEVO VISLJEVIC / REUTERS



ben seien. In seiner Not sucht der Bedrängte nun durch ein Ausweichmanöver Unterstützung auf der anderen Seite des Atlantiks. Die guten Beziehungen zu den USA, biederete er sich vergangene Woche Washington an, lägen im nationalen Interesse Montenegros; der Nato könne man umfangreiche Ressourcen an der Küste sowie die Nutzung des Hafens in Bar anbieten.